



Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt

Datum: Mittwoch, 02.06.2021

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Ort: Mensa der Gesamtschule Ennigerloh-Neubeckum, Turmstraße 20, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist für die Öffentlichkeit auf den öffentlichen Teil der Sitzung beschränkt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 2 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 04.03.2021 – öffentlicher Teil –
- 3 Bericht der Verwaltung
- 4 Bericht zur Situation der geflüchteten Menschen und Asylbewerberinnen und Asylbewerber
Vorlage: 2021/0194
- 5 Bildung einer Arbeitsgruppe "Altenplanung" zur Erstellung und Fortschreibung eines Handlungskonzeptes "Altenplanung 2019 – 2023"
Vorlage: 2021/0193
- 6 Antrag auf Erstellung eines „BeckumPass“ zur Unterstützung von einkommensschwachen Familien sowie Bürgerinnen und Bürgern – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2021
Vorlage: 2021/0192
- 7 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Nicht öffentlicher Teil:

- 1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 04.03.2021 – nicht öffentlicher Teil –
- 2 Bericht der Verwaltung
- 3 Anfragen von Ausschussmitgliedern

SPD-Fraktion

Sigrid Himmel

Vertretung: Frau Alexandra Poppenborg

Beratende Mitglieder

Kirsten Zander

Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung und stellt die Form und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil:

1 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Es lagen keine Anfragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern vor.

2 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 04.03.2021 – öffentlicher Teil –

Es wurden keine Einwände oder Ergänzungen zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses vom 04.03.2021 – öffentlicher Teil – eingebracht.

3 Bericht der Verwaltung

Neubürgerbroschüre:

Herr May-Neitemann berichtete, dass die sog. Neubürgerbroschüre vom zuständigen Fachdienst überarbeitet wird. Unter Berücksichtigung des Inklusionsplans der Stadt Beckum wird diese Neubürgerbroschüre auch in leichter Sprache veröffentlicht; Angebote hierfür sind bereits eingeholt worden. Da die Inhalte hier in einfachen und kurzen Sätzen vermittelt werden, ist diese Broschüre nicht nur für Menschen mit Beeinträchtigungen, sondern auch für Menschen, die zum Beispiel wegen eines Migrationshintergrundes nicht so gut deutsch sprechen, geeignet.

Bereitstellung von Masken:

Herr May-Neitemann teilte mit, dass seitens des Bundes 9.000 FFP-2 Masken zur Verfügung gestellt wurden. Diese dürfen nur für Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften und Übergangsheimen verwendet werden. Sie werden nach und nach an die Bewohnerinnen und Bewohner verteilt.

Programm Patenzeit:

Herr Schulte berichtete, dass das in der letzten Sitzung bereits kurz vorgestellte Programm „Patenzeit – Familienzeiten“ mit dem SKF e. V. im Kreis Warendorf als Träger nun gestartet ist. Unter fachlicher Vorbereitung und Begleitung unterstützen Patinnen und Paten Familien mit Neugeborenen und Kleinkindern. Da dies auf ehrenamtlicher Basis geschieht, und damit auch die Belange dieses Ausschusses betrifft, kündigte er an, den Ausschuss über die Entwicklung des Projektes auf dem Laufenden zu halten.

Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen:

Frau Björklund teilte mit, dass der Arbeitskreis Begegnung getagt hat. Erstes Arbeitsziel ist die Evaluation des Inklusionsplans. In der nächsten Sitzung wird sie zum Umsetzungsstand berichten. Ein erstes Beispiel für eine Umsetzung der Ziele des Inklusionsplans ist die zuvor genannte Neubürgerbroschüre, die in leichter Sprache erstellt wird.

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten:

Frau Björklund legte in ihrem Bericht den Fokus auf die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Frauen. So sind 75 Prozent der Menschen in systemrelevanten

Berufen Frauen. Im Pflegebereich und in den Krankenhäusern hat die Belastung stark zugenommen. Im häuslichen Bereich musste die Betreuung und Beschulung der Kinder organisiert werden, hinzu kamen weitere vielfältige Belastungen und finanzielle Unwägbarkeiten.

Ein großes Thema ist die häusliche Gewalt. Im Jahr 2020 führte das Hilfetelefon allein 51.407 Beratungsgespräche, was bedeutet, dass alle 22 Minuten ein Gespräch geführt wurde. Dies entspricht einem Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Um 21 Prozent stieg auch die Anzahl von Menschen aus dem sozialen Umfeld betroffener Frauen; viele berichteten, dass sie mehr Zeit zu Haus verbringen und dadurch häufiger Zeuginnen oder Zeugen von Gewaltausbrüchen in der Nachbarschaft werden. Die Nachfrage an fremdsprachlicher Beratung stieg um 25 Prozent; die Beratungen per E-Mail oder Chat nahmen um 15 Prozent zu.

Frau Björklund ging dann auf den "*Pakt gegen Gewalt*" des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Der Runde Tisch gegen Gewalt an Frauen und Kindern im Kreis Warendorf hat als Reaktion auf die Ideen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung eine Stellungnahme an das Ministerium und an politische Vertretungen geschickt, so auch an die Fraktionen. Für nähere Informationen zu diesem Thema ist sie gerne bereit.

Die Vorsitzende Frau Burtzloff regte an, auf dieses Thema im Ausschuss näher einzugehen, und den Verein Frauen helfen Frauen Beckum e. V. zu einem Bericht einzuladen.

4 Bericht zur Situation der geflüchteten Menschen und Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Vorlage: 2021/0194

Herr May-Neitemann erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation die Situation der geflüchteten Menschen und Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Beckum. Auf die Frage von Herrn Meyer teilte Herr May-Neitemann zum Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in der Stadt Beckum mit, dass die Kriterien zum Bezug einer eigenen Wohnung schriftlich niedergelegt sind, dass es aber immer einer Einzelfallentscheidung bedarf, ob eine Wohnung tatsächlich angemietet werden darf.

Weiter berichtete Herr May-Neitemann, dass die angekündigte Impfaktion für Flüchtlinge mittlerweile durchgeführt wurde. Die eher mittelmäßige Bereitschaft zur Impfung von ca. 40 % liegt im Kreisdurchschnitt. Die Zweitimpfung ist für den 1. Juli terminiert, vielleicht ist es möglich, zu diesem Termin noch weitere Personen zu Erstimpfungen zu motivieren.

In diesem Zusammenhang teilte Herr Schulte mit, dass im Rahmen dieser Impfaktion, die gemeinsam mit dem Fachdienst Recht und Ordnung durchgeführt wurde, auch die Nichtsesshaften geimpft wurden. Aber auch hier musste eine geringe Impfbereitschaft festgestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Bericht zur aktuellen Situation der Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Beckum unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Verordnung

zur Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 und zur Regelung von Absonderungen nach § 30 des Infektionsschutzgesetzes (Corona-Test-und-Quarantäneverordnung – CoronaTestQuarantäneVO) wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Die Sach- und Personalkosten stehen unter dem Produkt 050301 – Leistungen für Asylbewerber – sowie unter dem Produkt 100303 – Verwaltung der Übergangsheime für Asylbewerber und Aussiedler – zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

5 Bildung einer Arbeitsgruppe "Altenplanung" zur Erstellung und Fortschreibung eines Handlungskonzeptes "Altenplanung 2019 – 2023"

Vorlage: 2021/0193

Herr Weber schlug vor, Frau Dr. Thea Krüger, Chefärztin der Abteilung für Geriatrie des St. Elisabeth-Hospitals Beckum, zu fragen, ob sie an der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Altenplanung interessiert sei. Die Anregung wurde von den Ausschussmitgliedern aufgegriffen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Zu Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Altenplanung“ werden benannt:

1. Frau Theresia Gerwing
2. Herr Heinz Jürgen Meyer
3. Frau Ute Zeyn
4. Herr Karl-Heinz Przybylak
5. Frau Britta Kaddatz
6. Frau Böning Antunes

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

6 Antrag auf Erstellung eines „BeckumPass“ zur Unterstützung von einkommensschwachen Familien sowie Bürgerinnen und Bürgern – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2021
Vorlage: 2021/0192

Frau Zeyn erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ziel sei es, die Ermäßigungen, die angeboten werden, zusammenzufassen, und den berechtigten Personen durch den Pass einen leichteren Zugang zu ermöglichen. Durch Verringerung der Barrieren zur Erlangung der Vergünstigungen ermöglicht man eine bessere Teilhabe. Auf der Internetseite der Stadt Beckum sind die Vergünstigungen nicht ersichtlich. In Oelde und Brilon zum Beispiel gäbe es diese Pässe bereits, in Brilon würden sie sogar ohne gesonderten Antrag erstellt und verschickt.

Herr Przybylak lehnte den Antrag für die FDP-Fraktion ab. Die Vorlage der Verwaltung sei selbsterklärend, die Vergünstigungen werden bereits gewährt. Die Einführung eines Passes bedeute zusätzliche Bürokratie. Frau Averdung sprach sich ebenfalls gegen die Einführung eines Passes aus. Sie hielt ihn nicht für erforderlich, da die Hürden für die Inanspruchnahme für Vergünstigungen nicht so hoch seien. Nach Darlegung der Verwaltung werde die Teilhabe bereits jetzt ermöglicht. Hinzu komme der Personalbedarf von einer halben Stelle, hierdurch werden Ressourcen verbraucht. Herr Meyer befürwortete für die SPD-Fraktion den Antrag. Aus seiner Tätigkeit im Sozialbüro wisse er, dass gerade ältere Menschen sich schämen, ihre Bedürftigkeit nachzuweisen. Er forderte die Ausweitung des berechtigten Personenkreises auf Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger. Weiter führte er an, dass eher Personal eingespart wird, da Teilhabe und Familienförderung entfallen.

Frau Gerwing zog den Vergleich zur Ehrenamtskarte, von der die Berechtigten eher mäßigen Gebrauch machen. Die Ermäßigungen seien bereits sehr umfangreich. Der Bürokratismus solle doch abgebaut werden. Sie lehnte den Antrag ab.

Die Vorsitzende Frau Burtzlaff wies darauf hin, dass viele Kommunen einen solchen Pass bereits haben. Wichtig sei es, eine niedrigschwellige Inanspruchnahme zu ermöglichen. Herr Brinkmann stellte die Überlegung in den Raum, dass durch die Bündelung der Angebote und die niedrigschwellige Beanspruchung doch viele Anträge und viel Aufwand wegfallen. Der Pass werde schließlich nur einmal im Jahr ausgestellt. Frau Gerwing sah dies anders, denn bei einem vermuteten Anteil von 30 Prozent mit ca. 1.000 Anträgen sei das Ausstellen des Passes ein hoher Aufwand. Herr Weber stellte fest, dass die Positionen gar nicht so weit auseinander liegen, da bei allen der Wille besteht, einen einfachen Zugang zu vorhandenen Vergünstigungen zu ermöglichen. Das ganze Thema sei viel komplexer als es nur auf das Ausstellen eines Passes zu reduzieren. Er schlug vor, dass die Verwaltung noch einmal die Möglichkeiten prüfe.

Herr Przybylak wies darauf hin, dass das bisherige Verfahren seit Jahren bewährt sei, er sah daher die Notwendigkeit für den Mehraufwand für das Erstellen von Pässen nicht. Die Personalaufwendungen müssen, auch in Hinblick auf die nächsten Haushaltsberatungen, im Blick behalten werden. Aber er betonte, dass viele Menschen die Ermäßigungen nicht kennen, die Informationen hierüber müssen daher verbessert werden. Frau Gerwing sah ebenfalls die Notwendigkeit der

Informationsweitergabe und schlug mit Blick auf die Presse vor, ob hier vielleicht berichtet werden könne.

Herr Rieskamp überlegte, dass die Berechtigten sowieso zur Antragstellung zur Stadtverwaltung kommen müssen. Ob dann nicht die Informationen in Textform direkt ausgehändigt werden oder später mit dem Bewilligungsbescheid verschickt werden sollten.

Herr Schulte erläuterte, dass die bisher gewährten Vergünstigungen überwiegend über das Bürgerbüro zu bekommen sind. Dies ist ein geschützter Rahmen für die Darlegung der Bedürftigkeit. Die vermutete Anzahl der Antragstellerinnen und Antragsteller von ca. 30 Prozent konnte durch die Verwaltung nur grob geschätzt werden. Wenn die Verwaltung den Auftrag bekommt, die Einführung des Passes vorzubereiten, dann muss erst geklärt werden, in welchem Fachdienst dies bearbeitet werden soll, ob zum Beispiel im Bürgerbüro. Den Vorschlag, die Pässe in allen Fällen herauszuschicken, wurde in den Vorüberlegungen noch gar nicht berücksichtigt.

Herr Meyer warf diesbezüglich die Überlegung in den Raum, dass es allein daher schwierig wäre, da für den Personenkreis des ALG II das Jobcenter, und nicht die Stadt Beckum zuständig ist. Er bezweifelt, dass das Jobcenter hierzu bereit wäre.

Frau Zeyn schlug vor, dass die Verwaltung Richtlinien für das Erstellen eines Passes entwirft, so dass die Rahmenbedingungen klarer werden. Herr Brinkmann betonte, dass es wichtig ist, dass gerade Familien und Ältere in Anspruch nehmen können, wozu sie berechtigt sind. Er kritisierte die Vorlage der Verwaltung in der Hinsicht, dass der errechnete Stellenbedarf eine Abschreckung darstelle. Er ging weiterhin davon aus, dass in anderen Bereichen Arbeit und damit Stellenanteile wegfallen. Herr Schulte erwiderte, dass das Ziel der Stellenberechnung nicht die Abschreckung gewesen sei. Aber die Rahmenbedingungen sind zu klären, wozu Personalressourcen gehören, die aus Sicht der Verwaltung benötigt werden. Dabei sei noch nicht klar, ob diese im Fachbereich 5 oder in anderen Bereichen der Verwaltung zu verorten sind. Er betonte nochmals, dass die genannten 30 Prozent Antragstellerinnen und Antragsteller nur eine Schätzung sind.

Herr Bode und Herr Meyer wiesen auf die Bedeutung des Passes hin, der im Vergleich zur Vorlage eines Bescheides die Hemmschwelle verringere. Herr Meyer wiederholte seine Forderung, die Anspruchsberechtigung auf Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger auszuweiten. Auch Frau Burtzloff war es wichtig, dass mögliche Hürden abgebaut werden, und dass es einer Stadt wie Beckum gut zu Gesicht stehe, vielen Bedürftigen eine Teilhabe zu ermöglichen.

Der Hinweis von Herrn Weber, dass in Sportvereinen die Münsterlandkarte in der Regel in Kopie vorgelegt wird, um Leistungen der Bildung und Teilhabe geltend zu machen, führte zu der Überlegung, wie der Pass optisch auszugestalten ist, ob beispielsweise mit Lichtbild oder QR-Code. Außerdem wurde überlegt, ob der Pass jährlich zu beantragen sei, was Herr Meyer in Hinblick auf die Bewilligungszeiträume der Sozialleistungsträger für sinnvoll hielt.

Herr Schulte bestätigte, dass die Verwaltung die jährliche Neubeantragung zugrunde legt und fasste die Diskussion noch einmal in zwei Punkten zusammen. Die Informationen über bestehende Vergünstigungen müssen transparenter gemacht und gebündelt werden. Hierin besteht Einigkeit.

Der zweite Punkt ist die Form des Nachweises. Die Verwaltung, dies betonte Herr Schulte, sperrt sich nicht gegen die Einführung einer Karte. Aber dass es bisher ein Problem darstellt, die bestehenden Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, sei so nicht bekannt. Der Schritt ins Bürgerbüro müsse sowieso gemacht werden, um eine Badekarte oder eine Karte für Filou zu bekommen.

Herr May-Neitemann erläuterte, dass der Gang ins Bürgerbüro weiterhin notwendig sein wird. Denn dort werden die Badekarten personalisiert herausgegeben. Auch wegen Filou-Eintrittskarten muss jeweils das Bürgerbüro aufgesucht werden.

Die Vorsitzende Frau Burtzlaff fragte den Ausschuss, was nun gewollt sei; soll ein BeckumPass erstellt werden, sollen Richtlinien erarbeitet werden oder steht die Informationsweitergabe im Vordergrund? Herr Weber sprach sich für eine Splittung des Themas aus. Die Informationen müssen aufbereitet werden, die Entscheidungsgründe bezüglich einer Karte müssen noch genauer herausgearbeitet werden. Frau Zeyn sprach sich für den BeckumPass und für die Erarbeitung von Richtlinien aus. Frau Poppenborg meinte, dass es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh für Richtlinien sei. Sie überlegte, ob eine Verrechnung von Vergünstigungen per Handy-App möglich sei, was zu recherchieren sei.

Letztlich zog Frau Zeyn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis:

Beratung erfolgt

7 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Herr Meyer fragte in Bezug auf den vorhergehenden Tagesordnungspunkt an, ob die Verwaltung nicht die Informationen über die Ermäßigungen bündeln und besser an die Öffentlichkeit bringen könne. Herr Przybylak unterstütze dies. Herr Schulte antwortete, dass das, unabhängig von der vorangegangenen Diskussion, geschehen soll. Die Verwaltung habe dieses Problem erkannt und wird es angehen; das gehe bereits aus der Vorlage hervor.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 17. Juni 2021

gezeichnet
Karin Burtzlaff
Vorsitz

Beckum, den 16. Juni 2021

gezeichnet
Maria Heumann
Schriftführung